

Schweden

Rutger Lindahl

Das „Nein“ zum Euro der schwedischen Wähler vom Herbst 2003 noch in frischer Erinnerung machten sich die Politiker Schwedens an die Planung des Wahlkampfes zu den Europawahlen im Juni 2004. Sie hofften, dass die hohe Beteiligung beim Referendum 2003 (82,6 Prozent) positive Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament haben würde. Umfragen im Frühling 2004 zeigten allerdings einen gegenläufigen Trend an. Mit dem Ziel, die Wahlbeteiligung doch noch anzukurbeln, startete die Regierung daraufhin ein Programm, das insbesondere auf die Interessen der Bevölkerungsschichten abgestimmt war, die traditionell der Wahl fern bleiben.

Doch schon früh im Wahlkampf wurde offensichtlich, dass mal wieder der Schwung fehlte, um die Wähler zu mobilisieren. Die politischen Parteien, Organisationen, Medien und auch die Wähler selbst behandelten die Europawahlen wie jede andere Wahl, wenn auch mit einigen wichtigen Ausnahmen. Die Parteien gaben deutlich weniger Geld aus und setzten nicht so viele Wahlkampfhelfer ein wie bei nationalen Wahlkämpfen. Die Medien begleiteten die politische Debatte und die Ereignisse des Wahlkampfes viel weniger ausführlich als bei nationalen Wahlen, auch das Interesse der Wähler für die Programme der Parteien und deren Kandidaten fiel geringer aus.

Die einzigen Wahlkämpfer, die in den Medien und bei den Wählern besonders Beachtung fanden, waren die der erst kürzlich gegründeten Juniliste. Diese wird von einer lose organisierten Gruppe relativ bekannter Schweden geführt, die ihren politischen Hintergrund in der Sozialdemokratie, aber auch in bürgerlichen Kreisen haben. Sie haben sich als Widerpart gegen die Gruppierungen zusammengefunden, die sie unter Slogans wie „Schweden schließt sich dem Euro an“, „Mehr Macht für Brüssel“, „Verfassungsvertrag“ subsumieren. Es muss jedoch angemerkt werden, dass sie sich nicht für den Austritt Schwedens aus der Europäischen Union einsetzen. Zu ihren führenden Repräsentanten zählt unter anderem ein früherer Chefökonom von einem der größten schwedischen Banken und ein ehemaliger Gouverneur der schwedischen Zentralbank. Die Kampagne der Juniliste wurde zum größten Teil durch private Fonds und Spenden finanziert.

Das Ergebnis der Wahlen überraschte die Analysten. Die europakritische Juniliste erhielt die Unterstützung von fast 15 Prozent der Wähler, womit sie drei Sitze im Europäischen Parlament errang. Nur die Sozialdemokraten und die Moderate Sammlungs-partei erhielten mehr Stimmen und Sitze. Die Wahlbeteiligung war einmal mehr sehr niedrig. Nur 37,9 Prozent der Wähler gingen in die Wahllokale. Einer der Gründe lag darin, dass sich die Kontroversen über die EU-Politik durch alle schwedischen Parteien hindurch zieht, was die Führung der Parteien veranlasst, kein besonders scharfes Profil bei europäischen Themen zu zeigen. Viele Wähler meinen offensichtlich auch, dass die Arbeit der Parteien im Europäischen Parlament relativ bedeutungslos sei und keine weiteren Auswirkungen auf die schwedische Politik habe. Einige Europaskeptiker nahmen auch die Gelegenheit wahr, ihre ablehnende Haltung durch Stimmenthaltung zu demonstrieren.

Übersetzt aus dem Englischen von Mariano Barbato.

Die Ergebnisse der Europawahlen zogen keine größere öffentliche Debatte nach sich. Allerdings regten die Erfolge der Juniliste in allen Parteien parteiinterne Diskussionen über mögliche Strategien bei europäischen Themen an. Die meisten Analysten gehen davon aus, dass der „Junilisteneffekt“ sich schnell auflösen wird. Doch die Umfragen im Frühling und Sommer 2005 sprechen eine andere Sprache, sie zeigen noch immer hohe Werte für die Juniliste. In Reaktion darauf erwägt die Parteiführung sogar ein Antreten bei der Wahl zum schwedischen Parlament 2006. Manche Analysten begrüßen dies, da sie sich davon eine höhere Aufmerksamkeit für europäische Themen in den Parlamentsdebatten und den Medien erhoffen. Die Tatsache, dass weder die Führung noch die Anhänger der Partei eine gemeinsame politische Basis jenseits ihrer Europakritik teilen, könnte jedoch die Arbeit der Partei im schwedischen Parlament sehr beschränken und vor innere Zerreißproben stellen.

Geht man nach den bereits präsentierten Ankündigungen für die kommende Wahl, werden europaspezifische Themen nicht unter den „Top Ten“ zu finden sein. Unter den europaskeptischen Parteien will nur die Linkspartei ihre Europakritik herausstreichen. Die Grüne Partei hingegen hat sich, um sich der regierenden Sozialdemokratischen Partei anzunähern, bereit erklärt, ihre europakritische Position zu überdenken. Einige der Sympathisanten der Grünen hatten sich in den letzten Jahren langsam von ihrer früheren radikalen antieuropäischen Haltung entfernt und begannen, die europakritische Haltung nicht mehr zu den Grundfesten ihrer Partei zu zählen. Die Gründe für diesen Wandel könnten von der pragmatischen Haltung einiger Umweltpolitiker herrühren und dem Einfluss der proeuropäischen Position der anderen europäischen Grünen Parteien geschuldet sein.

Der Vertrag über eine Verfassung für Europa

Eines der heißen Eisen in der politischen Debatte Schwedens im letzten Jahr war die Frage eines Referendums über den Verfassungsvertrag. Die Regierung schlug vor, dass das Parlament über die Ratifizierung im Dezember 2005 abstimmen sollte. Dabei wurde sie von einer breiten parlamentarischen Mehrheit unterstützt. Der Widerstand dagegen wurde sofort von den europakritischen Parteien und Organisationen sowie auch von europakritischen Minderheiten innerhalb der europafreundlichen Parteien mobilisiert.

Die Gegner organisierten eine Unterschriftenkampagne für ein Referendum. Doch auch angesichts hunderttausender Unterschriften und einer starken Unterstützung für ein Referendum in den Umfragen, weigerte sich die Regierung, ihre Pläne zu ändern. Doch die Situation der EU-Befürworter wurde im Lauf des Frühlings zunehmend prekärer. Die Ergebnisse der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden im Mai und Juni 2005 und die Entscheidung des Europäischen Rats im Juni, eine „Denkpause“ einzulegen, haben der Regierung und den proeuropäischen Parteien den wachsenden Unmut der Öffentlichkeit erspart.

Der Gerichtshof widmete sich der Frage, ob im Zuge des Verfassungsvertrags das schwedische Grundgesetz geändert werden müsste – wäre dies der Fall, so wäre eine Grundgesetzänderung nur innerhalb von zwei Legislaturperioden, also nach einer bestätigenden Neuwahl des Parlaments, möglich. Im Juni 2005 fiel die Entscheidung, dass der vorgelegte Verfassungsvertrag keine Grundgesetzänderung notwendig machen würde. Diese Entscheidung war Rückenwind für die EU-Befürworter.

Die Entscheidung des Europäischen Rats, sich eine Auszeit im Ratifizierungsprozess einzuräumen, wurde von den Analysten als kluge Entscheidung gewertet. Eine Mehrheit der politischen Parteien unterstützt den Verfassungsvertrag, auch wenn an manchen Details

durchaus Kritik geübt wird. Am häufigsten wurde Kritik an einem für zweieinhalb Jahre ernannten Präsidenten und an der nur marginalen Rolle der nationalen Parlamente geäußert.

Nimmt man die Kommentare der großen schwedischen Tageszeitungen als Bewertungsgrundlage wird der Verfassungstext als konstruktiver Schritt im europäischen Einigungsprozess angesehen. Geht man aber von den Leserbriefen aus, gibt es sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite des politischen Spektrums eine starke Opposition gegen den Gesamttext in der Bevölkerung. Übereinstimmend wendet sich die Kritik gegen föderalistische Tendenzen; eine weitere Ausweitung der EU-Kompetenzen wird sowohl von links wie von rechts abgelehnt. Anhaltender Widerstand besteht auch gegen die Einführung des Euro in Schweden. Kritik von vorwiegend linker Seite richtet sich gegen den Aufbau europäischer Verteidigungskapazitäten, zu deren Truppen auch bündnisfreie Mitgliedstaaten wie Schweden ihren Beitrag leisten sollen, sowie gegen den Druck auf die Mitgliedstaaten, ihre Rüstungsindustrie auszubauen.

Die Diskussion um die Dienstleistungsrichtlinie

Die von der Kommission vorgeschlagene Dienstleistungsrichtlinie provozierte in Schweden eine zeitweise hitzige Debatte. Die sozialdemokratische Regierung und die Gewerkschaften kritisierten, die Richtlinie würde dem Lohndumping und dem Abbau von Arbeitnehmerrechten Vorschub leisten. Die Gewerkschaften kritisierten darüber hinaus den fehlenden Respekt gegenüber den partnerschaftlichen Traditionen des schwedischen Arbeitsmarkts. Ebenso wurden Ängste vor einer „kapitalistischen Ausbeutung“ des Sozial- und Gesundheitssektors genährt. Die Regierung äußerte sich besorgt, die staatliche Kontrolle über Bereiche wie Drogen, Lotterien, Kasinos und andere Glücksspiele sowie über den Verkauf von Wein und Spirituosen nicht mehr aufrechterhalten zu können. Diese Kritik wurde von den bürgerlichen Parteien als nicht im Interesse Schwedens und seiner Bürger liegend und als Hemmschuh für die Expansion des schwedischen Dienstleistungssektors in den europäischen Markt zurückgewiesen.

Die politische Debatte über die Dienstleistungsrichtlinie wurde von einer intensiven Berichterstattung über einen Konflikt begleitet, der sich direkt darauf bezog. Eine lettische Baufirma hatte von einer Gemeinde außerhalb Stockholms einen Auftrag erhalten. Die schwedische Bauarbeitergewerkschaft fand nun heraus, dass die lettischen Arbeiter nach lettischen Standards bezahlt wurden, womit sie deutlich unter den schwedischen Tariflöhnen entlohnt wurden. Die schwedische Bauarbeitergewerkschaft protestierte und insistierte darauf, dass die lettische Firma ihre Mitarbeiter nach den schwedischen Tarifen bezahlen müsste. Die lettische Firma weigerte sich jedoch darauf einzugehen und wurde dabei von der lettischen Regierung und schwedischen Arbeitgeberverbänden unterstützt. Nach einigen Wochen erfolgloser Verhandlungen verkündete die schwedische Gewerkschaft die Verhängung eines Boykotts gegen die Baustelle. Die schwedische Regierung unterstützte die Gewerkschaft und verwandte den Fall, um ihre Kritik an den negativen Konsequenzen der mit heißer Nadel gestrickten Dienstleistungsrichtlinie zu illustrieren.

Der Fall endete mit dem Rückzug der lettischen Baufirma und einer anhaltenden Debatte zwischen der sozialdemokratischen Regierung und den Gewerkschaften auf der einen Seite und den bürgerlichen Parteien und den Arbeitgeberverbänden auf der anderen Seite. Die Regierung drängte die Kommission dazu, die Kritik Schwedens und vieler anderer europäischer Länder, wie auch die der Gewerkschaften, ernst zu nehmen und die Richtlinie umzuschreiben. Mitglieder der Moderaten Sammlungspartei und der Liberalen

Partei warfen in scharfem Ton der Regierung vor, das Wachstum der schwedischen Firmen im Dienstleistungsgeschäft zu torpedieren, das von großem Interesse für die schwedische Wirtschaft wäre. Die Unzahl an Einschränkungen in diesem wachsenden Sektor werde das wirtschaftliche Wachstum drosseln und das Entstehen neuer Arbeitsplätze verhindern und das voraussichtlich in einer Mehrheit der Mitgliedsländer der EU.

Die Diskussion hielt bis in den Sommer 2005 an, als die schwedische Regierung wie die Opposition und die Gewerkschaften erklärten, dass sie eine Neufassung der Vorlage begrüßen würden. Eine neue Regelung des europäischen Dienstleistungssektors wird dabei für die Entstehung neuer Arbeitsplätze wie für das Wirtschaftswachstum als bedeutsam erachtet. Der grundlegende Konflikt über die Einschränkungen, die die Regierung den schwedischen Firmen auferlegt, und den daraus entstehenden Konsequenzen für diese, bleibt jedoch ungelöst.

Diese Debatte ist eng verknüpft mit der über den Lissabon-Prozess. Schweden gehört zu den EU-Mitgliedern, die die vereinbarten Maßnahmen zur Synergiegewinnung zwischen Markt, Sozialpolitik und einer vorausschauenden Umweltpolitik umgesetzt haben. In der schwedischen Debatte wird weitgehend einhellig die Meinung geteilt, dass die Lissabon-Strategie die richtige Richtung vorgebe, um nachhaltiges Wachstum in Europa zu erzielen. Es wird aber auch die Auffassung vertreten, dass der Wachstumsprozess hauptsächlich durch die Probleme gestört wird, die von den gegen den Stabilitätspakt verstößenden Länder verursacht werden. Die ehrgeizigen Ziele von Lissabon wären nur durch einen Neustart des Lissabon-Prozesses zu erreichen, ein im Großen und Ganzen relativ unrealistischer Gedanke.

Die offizielle Prioritätenliste der Regierung umfasst fünf Strategien für den politisch-wirtschaftlichen Bereich: Expansion des Handels innerhalb der EU und mit anderen Staaten; weitere Integration der Finanzmärkte; Erhöhung der Beschäftigungsquote; Vereinfachung und Verbesserung bestehender Vorschriften; Zuwachs bei den Investitionen in Bildung und Forschung. Insgesamt wird diese allgemeine Strategie geprägt von einer vorsichtigen Haltung gegenüber einem ungebremsten Wachstum, das als zu risikoreich angesehen wird. Es sollten nach Meinung der schwedischen Regierung sowie der anderen Parteien auch Ziele der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit berücksichtigt werden.

Sorgen bei der Erweiterung

Die schwedische Regierung, die politischen Parteien, die Organisationen und nicht zuletzt die schwedischen Bürger haben von Beginn an den Erweiterungsprozess der EU unterstützt. Ein besonderes Interesse galt den baltischen Staaten, doch die Umfragen wiesen auch eine generelle Unterstützung des Erweiterungsprozesses durch die Schweden aus. Die Unterstützung, der politischen Eliten und der breiten Öffentlichkeit, bezieht dabei auch die Türkei und Kroatien mit ein.

2004 zeigten sich erste Anzeichen eines leichten Meinungsumschwungs der öffentlichen Meinung in Sachen Erweiterung. Dieser Trend hat sich 2005 fortgesetzt. Dieser Stimmungswandel für eine restriktivere Politik lässt sich wohl auf wachsende Sorgen vor der Zunahme von Standort- und Arbeitsplatzverlagerungen in Niedriglohnländer zurückführen. Die wachsende Zahl ausländischer Firmen, die in Schweden im Wettbewerb um Aufträge und damit auch um Arbeitsplätze stehen, hat wohl ebenfalls zum Stimmungsumschwung beigetragen.

Die politischen Parteien im Parlament unterstützen alle den Erweiterungsprozess. Er wird bis jetzt als eine erfolgreiche Demonstration europäischer Solidarität und als eine Ausweitung der Vorteile des Binnenmarkts für alle europäischen Länder gesehen – damit schließt die Erweiterung nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische, soziale und kulturelle Interessen ein. Das Risiko, das eine Verzögerung im Ratifizierungsprozess mit sich bringt, ist offensichtlich und wird von vielen, einschließlich der Regierung, als ein Besorgnis erregendes Zeichen für die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses betrachtet.

Die Debatten über die künftige Gestalt der Europäischen Union anlässlich der Referenden in Frankreich und den Niederlanden, aber auch in anderen Mitgliedsländern, wurden in Schweden aufmerksam verfolgt. Die türkische Position in der Zypernfrage stieß auf Kritik, grundlegend richtete sich die schwedische Kritik aber gegen die politische Elite in Frankreich, Holland, Deutschland und Österreich, die die EU-Mitgliedschaft der Türkei mitunter entschieden ablehnten. Analysten erwarten jedoch, dass der Erweiterungsprozess auch in Schweden noch zu einer intensiveren Folgediskussion führen wird.

Haushaltsbeschränkungen

Die schwedische Regierung gehört seit vielen Jahren zu der Gruppe von EU-Mitgliedern, die den Haushalt der EU kritisieren. Die stärkste Kritik richtet sich dabei gegen die Unterstützung des Agrarsektors. Schweden hat niemals ein Veto gegen einen Haushalt eingelegt. Auch dieses Mal war das nicht nötig, da Großbritannien und die Niederlande auf den Treffen im Juni 2005 die gleiche Position einnahmen. Wieder richtete sich die schwedische Kritik gegen den Agrarhaushalt. Die schwedische Regierung brachte vor, dass die Subventionen zu hoch seien und dass die Gemeinsame Agrarpolitik den künftigen Herausforderungen des Agrarsektors nicht gewappnet wäre. In Schweden erhielt die Entscheidung von Ministerpräsident Göran Persson, die Verabschiedung des Finanziellen Vorausschau für den Zeitraum 2007-2013 zu blockieren, viel Applaus, selbst bei der Opposition. Alle Parteien wissen, dass Schwedens Position als Nettozahler immer heikel war und dies auch bleiben wird – und sie wissen auch, dass keine Wahlen zu gewinnen sein werden, wenn nicht spürbare Einsparungen sichtbar werden.

Parlamentswahlen 2006

In Schweden stehen im September 2006 Parlamentswahlen an, heftig diskutiert werden daher schon heute wahlentscheidende Themen. Im Moment arbeitet „Die Allianz“ aus vier bürgerlichen Parteien – Moderate Sammlungspartei, Liberale Partei, Zentrumsparlei, Christdemokratische Partei – an einem gemeinsamen Wahlprogramm, das als Grundlage einer zukünftigen Regierung dienen könnte. In den Umfragen liegt „Die Allianz“ Anfang September 2005 bei 53 bis 54 Prozent der Stimmen, während die derzeitige Regierung der Sozialdemokraten und die sie unterstützenden Parteien – Linkspartei und Grüne Partei – etwa 45 Prozent erhalten.

Die Sozialdemokratische Partei wird einen engagierten Wahlkampf führen müssen, möchte sie den gegenwärtigen negativen Trend noch umkehren. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei hat sich in den letzten Jahren Kritik an den Prioritäten der Regierung angestaut. Die Linkspartei litt unter internen Zerwürfnissen, die zumindest zum Teil auf die sehr weit links außen angesiedelte Position der Führung zurückzuführen waren, und an der Neugründung einer Feministischen Partei, bei der die frühere Vorsitzende der

Linkspartei eine zentrale Rolle spielt. Die Grüne Partei hat sich für eine Fortsetzung der Kooperation mit den Sozialdemokraten entschieden, was, wie oben erwähnt, zu einer Mäßigung ihrer EU-Kritik geführt hat. Die Grünen erhoffen sich so, bei der Besetzung von Ministerposten berücksichtigt zu werden.

Ein Regierungswechsel in Schweden könnte zu einer stärker profilierten proeuropäischen EU-Politik führen, da alle vier Parteien der „Allianz“ programmatisch sehr proeuropäisch ausgerichtet sind. Doch auch sie müssen, wie die Sozialdemokraten auch, darauf achten, dass eine große Zahl ihrer Sympathisanten nicht die offizielle Linie der Partei in der Europapolitik unterstützt. Dies wird ihren Handlungsspielraum in der Europapolitik einengen.

Weiterführende Literatur

- Andreas Bieler: Swedish trade unions and Economic and Monetary Union. The European Union membership debate revisited?, in: *Cooperation and Conflict*, 4/2003, S. 385-407.
- Karl Magnus Johansson: Sweden: another awkward partner?, in: Wessels, Wolfgang u.a. (Hrsg.): *Fifteen into one. The European Union and its member states*, Manchester 2003, S. 369-387.
- Ola Larsmo: Ein Kampf um Modernität. Was bedeutet Schwedens Nein zum Euro?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (15. November 2004) B47, S. 3-9.
- Pernille Rieker: Europeanization of Nordic security. The European Union and the changing security identities of the Nordic states, in: *Cooperation and Conflict*, 39 (December 2004) 4, S. 369-392.
- Carsten Schymik: Nordische Sonderwege nach Europa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (15. November 2004) B47, S. 10-15.
- Anders Widfeldt: Elite collusion and public defiance: Sweden's Euro referendum in 2003, in: *West European Politics*, 27 (May 2004) 3, S. 503-517.